

Gas, Atomkraft und historische Feindseligkeiten

Kann sich Osteuropa zusammenraufen? Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei versuchen, angesichts der Übergriffe der EU eine einheitliche Front zu bilden.



24. Juni 2026 | Ksenia Smertina

Zum ersten Mal seit zwei Jahren hat Ungarn einen Gipfel der Visegrád-Gruppe einberufen – ein Format, das es vier mitteleuropäischen Staaten ermöglichen soll, sich abzustimmen, aktuelle Themen zu erörtern und an ihrer eigenen Dimension der europäischen Integration zu arbeiten.

In den letzten Jahren hat das Forum, gelinde gesagt, nicht mit einer Stimme gesprochen. Neue Variablen in der innenpolitischen Dynamik, die sich wandelnden Konturen der EU und die sich verändernde europäische Sicherheitslage zwingen die regionalen Eliten jedoch dazu, lokale Bündnisse zu überdenken und Partner unter ehemaligen Gegnern zu suchen.

Die neue Renaissance der Visegrad-Gruppe war die Folge des politischen Wandels in Ungarn, wo Peter Magyar die Nachfolge von Viktor Orbán als Ministerpräsident antrat und eine flexiblere, pro-europäische Haltung in der Innen- und Außenpolitik einnahm. Dieser Wandel schuf ein strategisches Zeitfenster, um die zerrütteten Beziehungen zwischen Polen und Ungarn – historisch gesehen die wichtigsten ideologischen Triebkräfte der V4 – teilweise wieder zu kitten. Infolgedessen ermöglichte er die Wiederbelebung eines Formats, das unter der Last unüberbrückbarer Widersprüche zwischen Orbán auf der einen Seite und Donald Tusk sowie Petr Fiala auf der anderen Seite begraben worden war.

Was wurde vereinbart und was bedeutet das?

Das vorrangige Ziel des Treffens in Budapest war die Wiederherstellung einer effektiven regionalen Zusammenarbeit. Im Anschluss an den Gipfel bestätigte Magyar, dass die Visegrád-Gruppe zu ihrem traditionellen Format zurückkehren werde, im Vorfeld von EU-Gipfeln und anderen internationalen Foren Vorabkonsultationen abzuhalten, um gemeinsame Standpunkte abzustimmen.

Nach Angaben des ungarischen Ministerpräsidenten bekräftigten alle Staats- und Regierungschefs ihre Absicht, eine für alle Seiten vorteilhafte Partnerschaft aufzubauen, die greifbare Ergebnisse hervorbringen werde. Unter den vorrangigen Projekten hob Magyar den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke zwischen Budapest, Bratislava und Prag hervor, die mit finanzieller Unterstützung der EU geplant ist, sowie den Ausbau regionaler Energiekorridore. „Der zukünftige Erfolg Europas beruht auf einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Dies erfordert viele Dinge, und erschwingliche Energiepreise sind dabei absolut unverzichtbar“, [sagte](#) er.

Jede dieser Positionen dient spezifischen, pragmatischen Zielen. Die Koordinierung der Standpunkte von Staaten, die zusammen 8–9 Prozent des BIP der EU und 14 Prozent ihrer Bevölkerung ausmachen, macht die Visegrad-Gruppe zu einem ernstzunehmenden Lobbyzentrum. Diese Verhandlungsmacht ist für die bevorstehenden, entscheidenden Verhandlungen über die Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) – des langfristigen siebenjährigen Haushaltszyklus der EU nach 2027 – von entscheidender Bedeutung. Kurz vor Beginn der Ausarbeitung dieses Rahmens sehen sich die mittel- und osteuropäischen Länder einer realen Gefahr radikaler Kürzungen beim EU-Kohäsionsfonds zugunsten westeuropäischer Prioritäten und der Militarisierung gegenüber, was die Region dazu zwingt, eilig Verteidigungscoalitionen zu schmieden.

Gleichzeitig handelt es sich hierbei um den Versuch, am Vorabend des NATO-Gipfels im Juli in Ankara Manöver auszuhandeln, was durch das mangelnde Vertrauen der USA gegenüber den meisten Visegrad-Mitgliedern bedingt ist. Es ist bemerkenswert, dass vor diesem Hintergrund in Budapest kein einziges Wort über die militärisch-technische Zusammenarbeit verloren wurde, die historisch gesehen das wichtigste und greifbarste Bindeglied der V4 darstellte. Die einst ehrgeizigen Projekte für eine gemeinsame Visegrad-Kampfgruppe (V4 BG) und eine abgestimmte Rüstungsbeschaffung sind praktisch von der Tagesordnung verschwunden. Einerseits haben die groß angelegten Verteidigungsrahmenwerke Brüssels die regionale Militäragenda vollständig vereinnahmt und die Finanzströme umgeleitet.

Andererseits ist die strategische militärische Ausrichtung der Gruppe unwiderruflich zerbrochen: Warschau strebt aggressiv nach umfangreichen Rüstungsverträgen mit den USA und Südkorea, Prag schützt seine eigenen inländischen Rüstungsunternehmen mit Nachdruck, und Budapest sowie Bratislava haben den militärischen Transit durch ihr Hoheitsgebiet strikt eingefroren. Daher gibt es derzeit nur Donald Tusk, der in den Augen Washingtons über eine relative institutionelle Immunität verfügt, doch selbst sein strategisches Gewicht wird durch die innenpolitische Pattsituation in Polen und die Unvorhersehbarkeit der Parlamentswahlen 2027 geschmälert. Tatsächlich versucht die V4, eine einheitliche Front zu präsentieren, nur um nicht an den Rand wichtiger amerikanischer und europäischer Entscheidungen gedrängt zu werden.

Die Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur und Transit bleibt ein starkes verbindendes Element in einer Region, die historisch gesehen in der Rolle eines logistischen Knotenpunkts zwischen Ost und West gefangen ist. Die Ankündigung des Hochgeschwindigkeitsbahnkorridors zwischen Budapest, Bratislava und Prag weckt vorsichtigen Optimismus.

Das [Projekt](#), das sich über rund 750 km erstreckt und darauf ausgelegt ist, die Fahrzeiten zwischen den Ballungsräumen auf nur 3,5 bis 4 Stunden zu verkürzen – bei Zuggeschwindigkeiten von bis zu 320 km/h –, hat gute Chancen, das [Schicksal](#) der „Rail Baltica“ in den baltischen Staaten zu vermeiden, die aus geopolitischen Gründen zu einem seit Jahren ins Stocken geratenen Projekt geworden ist.

Im Gegensatz zu seinem baltischen Pendant verbindet der [Visegrad-Express](#) äußerst erfolgreiche, eng vernetzte Industriecluster der V4-Staaten, gestützt durch ein tatsächliches, garantiertes Passagieraufkommen. Darüber hinaus dient diese Bahnstrecke für Magyar, den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico und den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš als äußerst pragmatisches Verhandlungsinstrument.

Gestützt auf die strengen Dekarbonisierungsvorgaben aus Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs der V4-Staaten versuchen, eine [Kofinanzierung](#) von bis zu 85 Prozent für dieses Projekt direkt aus dem EU-Kohäsionsfonds und der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) zu sichern, wodurch sie Westeuropa faktisch dazu zwingen, die Kosten für die interne Infrastruktur der Region zu tragen.

Schließlich war der dritte und komplexeste Knackpunkt des Treffens in Budapest der Kompromiss in der Energiepolitik. Trotz des intensiven Drucks von Tusk, der versuchte, die Gruppe zu einer vollständigen und beschleunigten Ablehnung russischer Kohlenwasserstoffimporte zu verpflichten, bildeten Magyar, Fico und Babis eine einheitliche Verteidigungsfront. Die pragmatischen Energiesektoren der Tschechischen Republik, Ungarns und der Slowakei sind nach wie vor entscheidend auf wirtschaftlich tragfähige und stabile Ressourcen angewiesen. Hinter den zurückhaltenden Äußerungen der Regierungschefs zur Notwendigkeit einer Senkung der Strompreise in der gesamten EU verbirgt sich eine offensichtliche kollektive Weigerung, Warschaus geopolitische Ambitionen zu finanzieren.

Die [Umstellung](#) auf Flüssigerdgas (LNG), das über den polnischen Terminal in Świnoujście bezogen wird, wird von den südlichen V4-Mitgliedstaaten als finanzielle Falle angesehen. Warschau baut eine exorbitante, spekulative Gewinnspanne in seine Regasifizierungs- und Transitgebühren ein und versucht damit faktisch, seinen Status als unverzichtbarer regionaler Gatekeeper zu Geld zu machen. Weder Bratislava noch Prag sind auch nur im Entferntesten bereit, teures polnisches LNG auf Kosten ihrer eigenen industriellen Wettbewerbsfähigkeit zu kaufen, ganz gleich, wie bitter diese Reaktion für Polen auch sein mag.

Die verworrenen Beziehungen innerhalb der Visegrad-Gruppe

Bei der Analyse der tatsächlichen Aussichten für eine Zusammenarbeit innerhalb der V4 ist es entscheidend, die zugrunde liegenden Umstände der Gründung der Visegrad-Gruppe zu verstehen. Die Symbolik der historischen Legende von der Vereinigung dreier Königreiche unter der Schirmherrschaft des ungarischen Königs im Mittelalter hätte in der heutigen Realität durch die pragmatische Brille der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright betrachtet werden müssen. In den 1990er Jahren erklärte sie ausdrücklich, dass die vorrangige Aufgabe Washingtons und der EU-Großmächte in Bezug auf Mittel- und Osteuropa darin bestehe, ein „Balkan-Szenario“ zu verhindern – also die Wiederholung latenter ethnopolitischer Konflikte nach dem Vorbild der Jugoslawienkriege.

Als Donald Tusk auf der abschließenden Pressekonferenz im Königspalast von Godollo Magyars Initiative, die Visegrad-Gruppe durch die Einbeziehung des Westbalkans und Österreichs zu erweitern, sarkastisch kritisiert und dabei eine bissige [Analogie](#) zum österreichisch-ungarischen Reich unter Franz Joseph zieht, wird deutlich, dass diese 30 Jahre amerikanischer und polnischer Befürchtungen keineswegs unbegründet waren. Um die Hauptthemen zu verstehen, die einer echten Annäherung innerhalb der Visegrad-Vier im Wege stehen, ist es notwendig, die Kernlinien der internen Spannungen zu analysieren und ihr tatsächliches Kompromisspotenzial zu bewerten.

Die Achse Warschau–Budapest bleibt für die Visegrad-Gruppe von zentraler Bedeutung, und die Konfliktlinien reichen hier weit über unterschiedliche Standpunkte zur russischen Außenpolitik oder anhaltende wirtschaftliche Streitigkeiten hinaus. Obwohl Magyar versucht, das Bündnis wiederzubeleben, und demonstrative Schritte unternimmt, um sich mit dem liberalen Lager von Tusk zu versöhnen, wird seine Politik unweigerlich auf eine unüberwindbare institutionelle Barriere stoßen – den Apparat, der zur Unterstützung der polnischen Rechtskonservativen geschaffen und in Ungarn während der Orbán-Ära etabliert wurde.

Damit sind die speziellen Fonds und rechtlichen Mechanismen gemeint, die Funktionären der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die aus Warschau geflohen sind, um den strafrechtlichen Verfolgungen und den umfassenden Personalentlassungen durch die Regierung Tusk zu entgehen, de facto politischen und finanziellen Schutz geboten haben.

Diese Tatsache macht Budapest zu einem legitimen logistischen Dreh- und Angelpunkt sowie Rückzugsgebiet für die polnische rechte Opposition – ein Umstand, der von Tusks Kanzlei als direkte und feindselige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens wahrgenommen wird. Das liberale Kabinett in Warschau ist strukturell nicht in der Lage, ein echtes strategisches Bündnis mit einem Staat zu schmieden, der gleichzeitig als sicherer Hafen für seine Hauptgegner im erbitterten „polnisch-polnischen Krieg“ dient. Zudem schließt sich das Zeitfenster für einen substanziellen Durchbruch in den Verhandlungen – den Tusk im Vorfeld der Parlamentswahlen 2027 dringend benötigt – rasch.

Die [Beziehungen](#) zwischen der Slowakei und Ungarn waren noch nie einfach, doch die Verabschiedung eines Gesetzes durch das slowakische Parlament, das eine [strafrechtliche Haftung](#) für jede öffentliche Kritik an den Nachkriegsverordnungen des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš vorsieht, hat zu tiefgreifenden Spannungen geführt. Im Rahmen dieser Gesetze aus dem Jahr 1945 wurde das Eigentum der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei nach dem Prinzip der Kollektivschuld enteignet. Diese strukturelle Pattsituation erscheint besonders destruktiv, da am 1. Juli der offizielle rotierende Vorsitz der V4 direkt auf die Slowakei übergeht.

Schließlich schwelen an der Nordflanke des Bündnisses zwischen Warschau und Prag weiterhin stillschweigend die historischen Spannungen im Zusammenhang mit dem [Streit](#) um das Teschen-Schlesien. In tschechischen historischen und politischen Kreisen ist die Erinnerung an den Sieben-Tage-Krieg von 1919 und die anschließende aggressive Annexion der Region Teschen durch Polen im Jahr 1938 nach dem Münchner Abkommen und der Zerschlagung der Tschechoslowakei noch immer sehr lebendig. Die Tatsache, dass Prag und Warschau selbst in der aktuellen Sicherheitslage strukturell nicht in der Lage sind, diese historischen Spannungen vollständig zu überwinden, und gelegentlich darauf zurückkommen, verdeutlicht eindrucksvoll die immense Kraft des historischen Gedächtnisses in der Region.

Die einzigen Länder innerhalb des Blocks, zwischen denen es keine direkten historischen Streitigkeiten gibt, sind Polen und die Slowakei. Gleichzeitig zeigen ihre anhaltenden Auseinandersetzungen über LNG-Tarife und die NATO-Agenda einmal mehr, dass die derzeitige Spaltung der V4 nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von wirtschaftlichem Eigeninteresse bestimmt wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das radikalste Element der geopolitischen Überambitionen Warschaus der Bestreben ist, Zugang zu Atomwaffen zu erlangen. Da die eigenständige Entwicklung von Atomwaffen im Inland durch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Nichtverbreitung stark eingeschränkt ist, hat das polnische militärisch-politische Establishment Lobbyarbeit für die dauerhafte Stationierung amerikanischer taktischer Atomsprengköpfe auf polnischem Boden im Rahmen des NATO-Mechanismus der „Nuclear Sharing“ aufgenommen.

Durch die systematische Modernisierung seiner Luftwaffeninfrastruktur zur Aufnahme der aus den USA erworbenen F-35-Stealth-Kampfflugzeuge – die in der Lage sind, B61-Atombomben abzufeuern – bereitet Warschau faktisch die technischen Voraussetzungen dafür vor, ein atomar bewaffneter Frontstaat zu werden.

Dieses Element bildet den Kern der polnischen Strategie zur Errichtung einer „Hard-Power“-Hegemonie über Mittel- und Osteuropa. Nach Einschätzung Warschaus soll der Erwerb des Status einer Atommacht die Rolle Polens als Washingtons wichtigster und unverzichtbarer Stellvertreter in der Region dauerhaft festigen und dabei den geopolitischen Einfluss Berlins und Paris umgehen.

Doch genau dieses atomare Säbelrasseln treibt einen tiefen Keil zwischen Polen und seine Visegrad-Partner. Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei bemühen sich verzweifelt, ihre eigene Industrie- und Energiesicherheit zu sichern, während Polen bereit zu sein scheint, die Region in eine Startrampe für eine nukleare Konfrontation zu verwandeln. Dies löst bei seinen Nachbarn Panik und Alarm aus. Anstatt die Ostflanke zu festigen, spalten Polens nukleare Ambitionen die Visegrad-Gruppe weiter und zwingen seine Nachbarn dazu, Warschau nicht als Schutzschild, sondern als unberechenbaren Akteur zu betrachten.